

STADT AHRENSBURG - Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2011/039
öffentlich		
Datum 01.03.2011	Aktenzeichen IV.2.2	Federführend: Frau Mellinger

Betreff

Anregung aus der Einwohnerversammlung vom 30.11.2010
- Fortführung der Zukunftswerkstatt

Beratungsfolge Gremium Bau- und Planungsausschuss	Datum 16.03.2011	Berichterstatter
---	----------------------------	-------------------------

Finanzielle Auswirkungen :		JA		NEIN
Mittel stehen zur Verfügung :		JA		NEIN
Produktsachkonto :				
Gesamtausgaben :				
Folgekosten :				
Bemerkung:				

Beschlussvorschlag:

Es wird ein Konzept zur verstärkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Planungsprozessen in der Stadtentwicklung bis Juni 2011 erstellt.

Sachverhalt:

Im Rahmen der Einwohnerversammlung am 30.11.2010 wurde der Antrag gestellt, ein Konzept zur Weiterführung der Zukunftswerkstatt zu erstellen (Anlage 1). Diesem Antrag wurde mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Im Vorwege der Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) fand im Jahr 2008 die **Zukunftswerkstatt** statt, an der alle interessierten Bürgerinnen und Bürger teilnehmen konnten. Die Ziele dieses umfangreichen Bürgerbeteiligungsprozesses waren:

- das Wissen und die Ideen der Bevölkerung in die Erarbeitung des ISEK mit einfließen zu lassen,
- gemeinsame Ziele für die Gesamtstadtentwicklung sowie die Entwicklung der Quartiere zu erarbeiten,
- konkrete Projektideen zu formulieren,

- die Wünsche und Sorgen der Bevölkerung aufzunehmen und
- Akzeptanz für die Planungsprozesse zu schaffen.

Nicht nur gesamtstädtisch, auch auf Quartiersebene wurden Stärken und Schwächen analysiert sowie Ziele und Vorschläge für konkrete Maßnahmen erarbeitet.

Die Wünsche, Vorstellungen und Projektideen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Zukunftswerkstatt flossen anschließend in das **ISEK** mit ein, welches am 31. Mai 2010 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde.

Anlage 2 zeigt eine Liste der im Rahmen der Zukunftswerkstatt gemeinsam entwickelten **Ziele, Maßnahmen und Projekte** und deren aktueller Stand der Realisierung.

Die Verwaltung schlägt vor, bis zum Juni 2011 ein Konzept zu erarbeiten, in welcher Form Bürgerinnen und Bürger weiterhin intensiv an den Anpassungs- und Änderungsprozessen in der Stadtentwicklung im Sinne einer Zukunftswerkstatt beteiligt werden können.

Die für die Umsetzung der Bürgerbeteiligung evtl. notwendigen Kosten müssten dann ggf. ab dem Haushaltsjahr 2012 eingestellt werden.

Michael Sarach
Bürgermeister

Anlagen:

- Anlage 1: Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 30.11.2010
Anlage 2: Aktueller Stand der Projektvorschläge aus der Zukunftswerkstatt

● Sachverhalt zum Einwohnerantrag

Um das Erfolgsrezept der ZKW fortzusetzen, möchte die Einwohnerversammlung die Stadtverordneten zu einem Dialog auf Augenhöhe mit den Bürgern aufrufen.

Wir möchten die Beschlüsse zu den Ergebnissen der Zukunftswerkstatt aus der Stadtverordnetenversammlung vom 13.07.2009, gemeinsam mit ihnen umsetzen.

Wir möchten **gemeinsam** an der **Weiterentwicklung** der verabschiedeten Beschlüsse mit den Stadtverordneten und der Verwaltung Arbeiten.

Grundlage für diese Weiterentwicklung ist die:

Aktualisierung des Leitbildes der Stadt Ahrensburg und die Erweiterung der strategischen Ziele durch die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt.

Dieses aus der Vorlage 2009/088 der STV vom 13.07.2009.

● Antrag

Die Einwohnerversammlung stellt den Antrag an die zuständigen Organe der Stadt Ahrensburg,

von der Verwaltung der Stadt Ahrensburg,

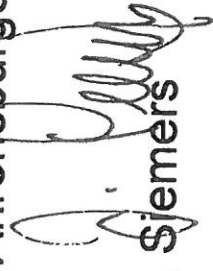
- ein Konzept für die von Frau Bürgermeisterin Pepper den Bürgern zugesagte Fortsetzung der Zukunftswerkstatt, in Kosten und Umsetzung vorzulegen, welches infolge zur kommenden EV vorgestellt und in den Haushalt 2011 eingeplant wird.
- Ebenso eine Konzeption mit Terminablauf für einen den Bürgern zugesagten Runden Tisch zur weiteren Aufarbeitung der Kernthemen aus der ZKW 2009

● ZKW Kernthemen I zum Antrag

- Kein überzogenes Wachstum, sondern eine Moderate Stadtentwicklung
- Keine vorrangige Außenausweitung der Bauflächen, sondern eine geplante Innenverdichtung
- Keine steigende Belastung durch den Innerörtlichen Verkehr, sondern ein Stadtbuskonzept zur verkehrlichen Entlastung Ahrensburgs
- Keine überregionalen Durchgangs- und Querverkehre, sondern eine Weiträumige Umfahrung Ahrensburgs
- Keine eigenen Verkehrskonzepte durchsetzen, sondern eine Regionale Konzeption mit den anliegenden Gemeinden und Hamburg entwickeln

● ZKW Kernthemen II zum Antrag

- Kein unbedingter Vorrang für den KFZ Verkehr, sondern ein Zukunftskonzept für die Radwege Ahrensburgs entwickeln
- Keine Reduzierung der Ahrensburger Erholungsgebiete, sondern weitere Schaffung von Freizeiträumen
- Keine weitere Verringerung der Kulturräume unserer Stadt, sondern Schaffung eines Freizeit und Kulturzentrums unter Einbeziehung eines Bürgerhauses und Kinos z.B. am Lindenhof oder im Gewerbegebiet West
- Entwicklung eines Wohnbereiches (IKEA Jugend Wohnkonzept) für Ahrensburger Jugendliche


J. Siemers

Projekte aus der ZUKU – weiteres Vorgehen und aktueller Stand

PROJEKTE	AKTUELLER STAND
Ausschöpfung der Innenentwicklungspotentiale	Prüfung der Potentiale im ISEK erfolgt → Beschluss gefasst am 31.05.2010 Steuerung über B-Pläne (z.B. Nr. 91, Nr. 90) Prüfung einzelner Standorte (GE West, BP 80B, Ohlendamm, nördliche Innenstadt)
Ausrichtung Wohnungsbau an Infrastruktur und Bahnhöfen	Steuerung über Rahmenpläne (Stadteingang West, Schlossviertel) und B-Pläne (Erlenhof, BP 91, Ohlendamm)
Verlagerung der Firma Schacht / Fläche für Wohnungsbau	Verankert im ISEK (Nutzerwechsel im Gespräch), FNP-Änderung → Beschluss zur Aufstellung im März 2010 gefasst
Weitere Wohnbauflächen Arrondierung / Außenbereich (u.a. Schlossviertel)	Prüfung der Flächen im ISEK erfolgt → Beschluss des ISEK gefasst am 31.05.2010
IKEA: Neue Wohnformen für Jugendliche	Bedarfsprüfung → siehe Wohnungsmarktkonzept STV suchen Gespräche mit KiJuB ???, soll im Erlenhof realisiert werden
Förderung des nichtmotor. Verkehrs (ÖPNV, Radverkehr)	Wird im Masterplan Verkehr behandelt, Radverkehrskonzept ist in Bearbeitung, AG Radverkehr arbeitet
Stadtbus	keine Mittel für Stadtbuskonzept, Info-Flyer erstellt – Veröffentlichung im Jan./Febr. 2011 Zusammenarbeit mit Kreis usw. (AG Region besteht)
U-Bahnhaltepunkt Wulfsdorfer Weg (Wulfsdorf)	Keine Handlungsmöglichkeiten, abgelehnt von der Hochbahn AG
Haltepunkt Gartenholz	Baulich fertig gestellt, Inbetriebnahme erfolgte Ende 2010
Radverkehrskonzept	„alte“ AG-Radverkehr wieder aktiv, Konzeption erstellt, aktuell: Erarbeitung konkreter Maßnahmen
Masterplan Verkehr	Verkehrserhebungen abgeschlossen, Planfälle definiert und untersucht, vorgestellt im BPA im Januar 2011, Beschluss zur Weiterbearbeitung steht aus
Verkehrsberuhigte Innenstadt	Tempo 20 aus EU-Lärmaktionsplanung (Große Str., Rathausstr, K.-G.-Str, Lehmannstieg); Bausteine: Masterplan Verkehr, Stadtbussystem, Innenstadt-Verkehrskonzept
Fußgängerzonen in Zentrumsalleen; Shared-Space-Testgebiet	Im Rahmen des Verkehrskonzeptes Innenstadt (Bestandteil des Masterplans Verkehr) zu bearbeiten
Bessere Verkehrsanbindung des GE Nord	Wird im Masterplan Verkehr behandelt
Weiträumige Umfahrung	2009: Verkehrserhebungen abgeschlossen, Verkehrsmodell erstellt; 2010: Masterplan Verkehr → incl. Prüfung möglicher Umfahrungstrassen – Planfälle untersucht → vorgestellt im BPA im Januar 2011 → Beschluss zur Weiterbearbeitung steht aus
Nordumgehung/ Neuer Postweg	Abstimmung mit Nachbargemeinden läuft (AG Region); Datenerhebung abgeschlossen, Verkehrsmodell erstellt; Prüfung der Trasse im Rahmen des MPV; Gelder für die Nordtangente wurden für 2009 eingestellt (100.000 Euro), Fachplanungen wurden tw. beauftragt
Bürgerinfo zur Verkehrsplanung	- Veranstaltungen: 15.12.09 Einwohnerversammlung; 11.03.10: 2. Forum MPV, 25.11.10: 3. Forum MPV; 13.01.11: 4. Forum MPV - Presse: Information über Beteiligung der Bürger, Artikel wie geht's weiter - Internet: Information über Beteiligung der Bürger und weiteren Fortgang
Gewerbegebiet West (einschl. Stadteingang Süd)	Rahmenplan „Stadteingang West“ fertiggestellt, Beschluss steht aus
Prüfung der Einrichtung eines Ambulanzentrums im GE West	Rahmenplan mit Nutzungskonzept in Bearbeitung, Bedarfe für Ambulanzzentrum??

Rohrbogenwerk /Eventhalle	B-Plan 79 A: Aufstellungsbeschluss Dez. 09, Planungen laufen
Kulturmanagement/ Vernetzung Kulturangebote	„Kulturplan“ als Konzept (intern) fertiggestellt, Entwicklung von Maßnahmen → zuständig FB III
Nutzungskonzept Lindenhof	Entwickler gefunden, Gutachterverfahren für Städtebau- und Architekturentwurf geplant
Initiierung „Runder Tisch Innenstadt“	Im Rahmen der Aufstellung eines Rahmenplans Innenstadt (Aufgaben, Ziele, Zuständigkeiten definieren; Ressourcen schaffen), Beginn der Bürgerbeteiligung 2011 für Umgestaltung des Rathausplatzes geplant (evtl. Ausstellung vorab)
„Zukunftsbude“	Wurde vom FinA abgelehnt, notwendige Sanierung zu teuer, Abriss abgelehnt – zu teuer wegen Sanierung der Toilettenanlage
Gestaltung Rathausplatz	Im Rahmen der Aufstellung eines Rahmenplans Innenstadt, erste Konzeption und Vorschlag zum Verfahren im Mai 2010 im BPA vorgestellt → Bürgerbeteiligung 2011 geplant (evtl. Ausstellung vorab)
Stormarnplatz	B-Plan rechtskräftig, PRH realisiert, Park ab 2011/12 mit weniger als 50% der Mittel
Besser Anbindung des GE Nord an die Innenstadt	Im ISEK behandelt → Beschluss des ISEK gefasst am 31.05.2010; Konkretisierung im MPV
Bessere Verbindung von Innenstadt und Schloss	Realisierungskonzept – Große Straße fertig, Schlossparkkonzept abgelehnt, Strategie zur Fortführung des Realisierungskonzeptes wird im Frühjahr 2011 mit B abgestimmt
Stärkung von Stadtteilzentren, z.B. in Ahr-West, Sicherung der Einkaufsmöglichkeiten	-Rahmenplan West fertiggestellt, Beschluss steht aus → Innenentwicklungsprojekte Wohnen; Ausbau eine Nahversorgungszentrums; Neue Funktionen im Umfeld des U-Bhfs.; Fuß- und Radwegeverbindung ins GE West
„Stadtlandschaftspark“)	Strategie zur Fortführung des Realisierungskonzeptes wird mit B im Frühjahr 2011 abgestimmt werden
Vernetzung Grünzone/ Freiraumzone (u.a. Wanderwege)	Im ISEK behandelt → Beschluss gefasst am 31.05.2010, neuer Landschaftsplan 2011/12
Bildungsstandorte	Wichtig, aber langfristig



Projekte, die abgeschlossen sind oder verworfen wurden

PROTOKOLLAUSZUG

ÖFFENTLICH

Gremium: Bau- und Planungsausschuss	Sitzung vom: 16.03.2011	Niederschrift zur Sitzung BPA/05/2011
---	-----------------------------------	---

2011/039

**5. Anregung aus der Einwohnerversammlung vom 30.11.2010
- Fortführung der Zukunftswerkstatt**

Auf Antrag des Ausschussvorsitzenden wird darüber abgestimmt, die Vorlage Nr. 2011/039 an den Hauptausschuss zu verweisen, da dieser hierfür zuständig ist.

Abstimmungsergebnis

Alle dafür

Folglich wird nicht über den Tagesordnungspunkt beraten und abgestimmt.

PROTOKOLLAUSZUG

ÖFFENTLICH

Gremium: Hauptausschuss	Sitzung vom: 04.04.2011	Niederschrift zur Sitzung HA/04/2011
--	--	---

2011/039

9. Anregung aus der Einwohnerversammlung vom 30.11.2010 - Fortführung der Zukunftswerkstatt

Die Mitglieder des Hauptausschusses befürworten die Erarbeitung eines Konzeptes zur verstärkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Planungsprozessen mit einer offenen Gestaltung in der Stadtentwicklung bis Juni 2011.

In der Einwohnerversammlung wurde der Anregung des Herrn Siemers gefolgt, einen „Runden Tisch“ zur weiteren Aufarbeitung der Kernthemen aus der ZKW 2009 einzurichten.

Es bestehen differenzierte Auffassungen, inwieweit der Anregung des Herrn Siemers aus der Einwohnerversammlung über eine Konzeption mit Terminablauf für einen den Bürgern zugesagten „Runden Tisch“ zur weiteren Aufarbeitung der Kernthemen aus der ZKW 2009 gefolgt werden soll. Einerseits sollte das Konzept einen „Runden Tisch“ beinhalten, andererseits jedoch das Konzeptergebnis offen erstellt und dann das weitere Verfahren auch nach Überprüfung von Nutzen und Kosten hinsichtlich der Einrichtung eines „Runden Tisches“ beschlossen werden.

Darüber hinaus sei der Beschlussvorschlag der Vorlage 2011/039 nicht identisch mit der Anregung aus der Einwohnerversammlung.

Die Verwaltung erklärt, dass der Verpflichtung zur Behandlung der Vorschläge und Anregungen aus der Einwohnerversammlung damit Genüge getan wird, wenn im Falle der Zuständigkeit der Gemeindevertretung eine Aufnahme der Vorschläge und Anregungen in die Tagesordnung der Gremien erfolgt ist und eine Aussprache hierüber geführt wird. Ob anschließend tatsächlich ein entsprechender Beschluss gefasst wird, eine Vertagung oder eine Nichtbehandlung beschlossen wird, obliegt allein der Entscheidung der Gremien. Es wird somit die beratende Funktion der Einwohnerversammlung deutlich, die in Vorschläge und Anregungen münden kann, welche die Gemeindeorgane wahrzunehmen haben, die jedoch keinerlei Verbindlichkeit für die Gemeindeorgane besitzen. § 16 b GO gewährt insoweit ein bloßes Konsultativrecht.

Ausschussmitglied Schmick stellt folgenden Antrag: „Von der Verwaltung der Stadt Ahrensburg ist eine Konzeption mit Terminablauf für einen den Bürgerinnen und Bürgern zugesagten „Runden Tisch“ zur weiteren Aufarbeitung der Kernthemen aus der ZKW 2009 vorzulegen.“

M

Zunächst wird über den Beschlussvorschlag wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Anschließend wird über den Antrag des Ausschussmitgliedes Schmick, auch eine Konzeption mit Terminablauf für einen den Bürgerinnen und Bürgern zugesagten „Runden Tisch“ zur weiteren Aufarbeitung der Kernthemen aus der ZKW 2009 von der Verwaltung zu fertigen, wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

1 dafür

4 dagegen

2 Enthaltungen



AN/069/2011

12

Eingangs
9. 11.
Per

Wählergemeinschaft Ahrensburg für Bürgermitbestimmung

Ahrensburg 09.11.2011

Antrag zur Sitzung Hauptausschuss 14.11.2011 Vorlage 2011/ 097

In die Beschlussvorlage 2011/097 sind die Kosten für eine quartiersbezogene Zukunftswerkstatt, sowie die einstimmigen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 13.07.2009 zum TOP 6 der Anlage 2 Seite 4/5 einzuarbeiten und mit Kostennennung für die Haushaltsplanung auszuweisen.

Begründung:

Der am 13.11.2010 gestellte Antrag aus der Einwohnerversammlung zeugt von einem großartigen Beteiligungswillen unserer Bürger an der Entwicklung unserer Stadt.

Dieses bestätigten auch die Stadtverordneten mit ihrem einstimmigen Votum am 13.07.2009 zur Aktualisierung des Leitbildes der Stadt Ahrensburg und der Erweiterung der strategischen Ziele durch die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt.

Selbst die Hinweise in verschiedensten Veranstaltungen durch Herrn Bürgermeister Sarach, an einem Konzept einer Quartiersbezogenen Zukunftswerkstatt für Ahrensburg zu Arbeiten, würde durch die Vorlage nicht gestärkt, da dieses nicht erwähnt und eben keine möglichen Kosten genannt werden. Bei solchen Quartiersbezogenen Veranstaltungen, auch wenn diese mit Bordmitteln getätigt werden sollten, sind Kosten zu planen.

Wir möchten nicht, wie in der Vorlage verstärkt, den Blick zurück wenden, wir möchten mit diesem Antrag gemeinsam mit der Verwaltung, der Politik und den Bürgern den Blick in die Zukunft richten.

Aus diesen Gründen, stellen wir den Antrag zur Überarbeitung der Vorlage 2011/97

.....*Schmick*.....

H. Schmick gez. für die WAB Fraktion

Anlagen

Niederschrift STVV 13.07.09
Anlage 2 Top 6 STVV Vorlage 2009/88

STADT AHRENSBURG - Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2011/097
öffentlich		
Datum 12.10.2011	Aktenzeichen IV.2.2.	Federführend: Frau Mellinger

Betreff

Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung
- Vorschlag zur Weiterführung der Bürgerbeteiligung

Beratungsfolge Gremium Hauptausschuss	Datum 24.10.2011	Berichterstatter
---	----------------------------	-------------------------

Beschlussvorschlag:

1. Die Bürgerbeteiligung bzw. die Abstimmung über Bürgerbeteiligung wird, wie im Sachverhalt erläutert, durchgeführt.
2. Über die Ergebnisse und die Beteiligung an den unterschiedlichen Veranstaltungen wird zusammenfassend einmal im Jahr im Bau- und Planungs- und Umweltausschuss berichtet.
3. Eine Zukunftswerkstatt, wie sie 2008 stattgefunden hat, wird bei der nächsten grundlegenden Überarbeitung des ISEK vorgeschaltet werden.

Sachverhalt:

Bürgerbeteiligung ist grundsätzlich unterteilt in die formellen (obligatorischen) und die informellen (fakultativen) Beteiligungsverfahren. Die formellen Bürgerbeteiligungsverfahren bei Bauleitplanungen basieren auf dem § 3 BauGB, wonach die Öffentlichkeit in einem zweistufigen Verfahren mit vorgeschriebener Vorgehensweise in den Planungsprozess eingebunden wird. Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurde viel Kritik an dieser Form der Planungsbeteiligung geäußert. Seit den 1960er-/70er-Jahren veränderte sich das Demokratieverständnis, was auch Niederschlag in die Arbeit der Stadtplanung/Stadtentwicklung fand – so entwickelten sich ab den 1970er-Jahren Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen und verschiedenste Formen der Bürgerbeteiligung, wie z. B. „Planungszellen“, Zukunftswerkstätten“, „lokale Dialoge“ oder Ähnliches (**siehe dazu Anlage 1**).

Heutzutage gehört die Anwendung informeller Bürgerbeteiligungsverfahren zum Planeralltag – für die Projekte, die aufgrund ihrer Bedeutung und Komplexität es für sinnvoll erscheinen lassen.

Auch in Ahrensburg wurden in den letzten Jahren verschiedene Formen informeller Bürgerbeteiligungen durchgeführt. Das Wohnquartier Ahrensburger Redder wurde gemeinsam mit den zukünftigen Bewohnern in Form eines Planungsworkshops entwickelt. Bei der

14

Planung vieler Kinderspielplätze (z. B. Lilienweg, Süderoogstieg, Gorch-Fock-Straße), der Skateranlagen (Stormarnplatz, Gartenholz) sowie der BMX-Bahn auf der Familienwiese wurden Kinder und Jugendliche beteiligt.

Im Jahr 2008 führte die Stadt Ahrensburg die Zukunftswerkstatt zur Stadtentwicklung durch. Dabei konnten alle Interessierten ihre Wünsche, Vorstellungen und Kritik zur Gesamtstadtentwicklung vorbringen, gemeinsam über selbstbestimmte Themen diskutieren und Entwicklungsziele ausarbeiten. Die Ergebnisse flossen in das Stadtentwicklungskonzept (ISEK) ein bzw. wurden in die Umsetzungsvorschläge integriert.

Das Stadtentwicklungskonzept ist auf einem Planungszeitraum von 15 bis 20 Jahre ausgerichtet. Eine so intensive Bürgerbeteiligung, wie die Zukunftswerkstatt böte sich also wieder bei einer Neuaufstellung oder einer grundlegenden Überarbeitung an. Die Ziele des ISEK fließen ein in den für Ahrensburg neu aufzustellenden Flächennutzungsplan, in dessen Verfahren wiederum Bürgerinformationen und -beteiligungen vorgesehen sind.

Die Beispiele zeigen, dass verschiedene Themen bearbeitet und unterschiedliche Personengruppen angesprochen werden und dass die Stadt Ahrensburg sich bewusst ist, dass solche Planungen mit einer zeitgemäßen, bürgerorientierten Ergänzung eine höhere Akzeptanz und Erfolg versprechen.

Dennoch taucht bei den verschiedenen Planungsansätzen und Projekten immer wieder Kritik an der Vorgehensweise in Bezug auf die Beteiligung der Öffentlichkeit auf; Forderungen nach mehr und intensiverer Bürgerbeteiligung werden laut.

Der Antrag aus der Einwohnerversammlung (Anlage 2) beinhaltet die Aufforderung zur Weiterführung der Zukunftswerkstatt, um die Ergebnisse gemeinsam mit der Politik und Verwaltung weiterzubearbeiten.

Grundsätzlich befürwortet die Verwaltung diesen Ansatz, da es die Transparenz von Planungen fördert, die Komplexität von Planungsprozessen verdeutlicht und das Engagement der Ahrensburger Bevölkerung sichtbar wird. Dennoch soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die Vielzahl der existierenden informellen Beteiligungsverfahren (siehe auch Anlage 1) implizieren kann, dass die Anwendung solcher Verfahren per se sinnvoll und richtig ist. Dies ist nicht so. Bei der Anwendung informeller Planungsprozesse gibt es – aufgrund des Aufwandes – folgende Aspekte vorab zu prüfen und abzuwägen:

- Sinnhaftigkeit in Bezug auf das einzelne Projekt
- Anzustrebende Ziele/Ergebnisse
- Kosten/Aufwand/Personaleinsatz
- Zielgruppen

Es muss sichergestellt sein, dass der Mehr-Aufwand zu einem Mehr-Ertrag führt. Dabei wird empfohlen, bei einfachen, unbedeutenden oder/und unumstrittenen Planungen auf eine informelle Bürgerbeteiligung zu verzichten. Beispiele könnten sein:

- Die Überplanung einer innerstädtischen, verkehrlich gut erschlossenen Industriebrache zu Gewerbeflächen,
- der Bau einer Gemeinbedarfseinrichtung zur Deckung einer Versorgungslücke,
- die Erweiterung eines Wohngebietes im Übergangsbereich zwischen Stadtrand und landwirtschaftlicher Fläche oder Ähnliches

15

(Busch, Lüder: Bürgerbeteiligung in der städtebaulichen Planung (Diss.), 2009; Seite 89).

Vorschlag zur Herangehensweise:

Die Darstellung der in Ahrensburg angewandten Formen der Bürgerbeteiligung zeigen den Willen der Politik und der Verwaltung, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich intensiv an Planungsprozessen zu beteiligen sowie die Erfahrungen und die Ideen der Bevölkerungen für die Stadtentwicklung allgemein und bei konkreten Projekten zu nutzen.

Dieses Ziel soll auch zukünftig weiterverfolgt werden. Der Vorschlag für die Weiterführung der Bürgerbeteiligung baut auf drei bestehenden Ebenen von Planungsprozessen auf:

Die **erste Ebene** umfasst alle gesamtstädtischen Planungen, wie das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK), den Flächennutzungsplan (FNP) und den Masterplan Verkehr. Für das ISEK und den darauf aufbauenden FNP wurde 2008 die Zukunftswerkstatt als umfangreicher Bürgerbeteiligungsprozess durchgeführt. Im Rahmen der Erarbeitung des Masterplans Verkehr findet innerhalb der einzelnen Projektschritte das so genannte „Forum Masterplan Verkehr“ statt, das Möglichkeiten zur Information, zum Gedankenaustausch und Beteiligung bietet.

Die gesamtstädtischen Planungen sind angelegt für einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren, daher wird derzeit von der Verwaltung keine Notwendigkeit gesehen, einen derart aufwendigen und kostenintensiven Beteiligungsprozess zum Thema der Gesamtstadtentwicklung und der Quartiersentwicklung in den nächsten Jahren durchzuführen.

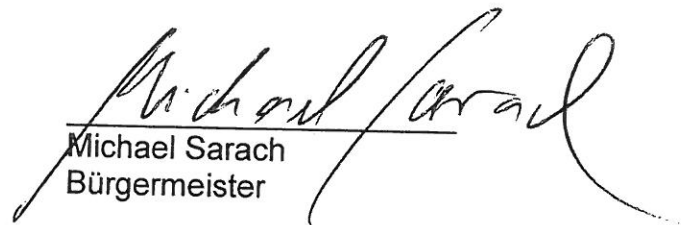
Die **zweite Ebene** der Beteiligungsprozesse beinhaltet teilräumliche Planungen. Hier ist beispielsweise der Rahmenplan Innenstadt zu nennen, der aufgrund der starken Veränderungsprozesse im Innenstadtbereich und der Diskussion um eine zukunftsfähige Verkehrskonzeption zeitnah neu erarbeitet werden muss. Vonseiten der Bürgerinnen und Bürger, die sich an der Zukunftswerkstatt beteiligt haben, wurde ein „Runder Tisch Innenstadt“ gewünscht, um sich in die Planungen einzubringen und mitzudiskutieren. Ab Herbst 2011 wird eine Ausstellung die bis jetzt erarbeiteten Planungen der letzten Jahrzehnte zum Rathausplatz zeigen.

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass in jeden Fall abgewogen werden muss, ob und in welcher Form eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden soll. Dabei spielen Sinnhaftigkeit, Ziele, Kosten und zeitlicher Umfang eine Rolle. Bei einer Neuaufstellung des Rahmenplanes Innenstadt steht außer Frage, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und andere Nutzer der Innenstadt mit in den Planungsprozess eingebunden und beteiligt werden müssen. Ob dies in Form eines „Runden Tisches“, eines „Lokalen Dialogs“, einer „Planungszelle“ oder ähnliches geschieht, muss im Vorwege genau abgewogen werden.

Die **dritte Ebene** der Beteiligungsprozesse betrifft vor allem die Bauleitplanung, d. h. die Aufstellung von Bebauungsplänen und Flächennutzungsplan-Änderungen, aber auch relevante städtische Hochbauprojekte.

Im Rahmen der Bauleitplanung wird die formelle Öffentlichkeitsbeteiligung standardmäßig durchgeführt sowie nach Einschätzung der Notwendigkeit zusätzliche Informationsveranstaltungen angeboten.

Der Vorschlag lautet hier, dass, wenn es planerisch notwendig erscheint, in Abstimmung mit den zuständigen Ausschüssen (BPA und UWA) eine geeignete Form der Bürgerbeteiligung gewählt wird. Jedoch sollte hierbei die vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem Baugesetzbuch nicht in den Hintergrund gedrängt werden.



Michael Sarach
Bürgermeister

Anlagen:

- Anlage 1: Beispiele für Bürgerbeteiligungsprozesse (Auszug aus: Busch, Lüder: Bürgerbeteiligung in der städtebaulichen Planung (Diss.), 2009; S.55-82)
- Anlage 2: Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 30.11.2010

3.2.2 Formen der informellen Bürgerbeteiligung

Die Darstellung der verschiedenen Formen bzw. Verfahren der informellen Bürgerbeteiligung erfolgt unter der Prämisse, dass die Beschreibung eines Verfahrens nur die wichtigsten Informationen enthalten und nicht mehr als eine DIN-A4-Seite umfassen soll. Damit wird ein schneller und unkomplizierter Überblick über verschiedene Verfahrensweisen ermöglicht, der Leserschaft werden jedoch Hinweise gegeben, wo sie vertiefende Informationen vorfindet.

Die Darstellung der einzelnen Verfahren ist wie folgt gegliedert:

- **Kurzbeschreibung:**
In einer knappen Zusammenfassung werden die Herkunft und die charakteristischen Merkmale des Verfahrens beschrieben.
- **Anwendungsbeispiel:**
Hinweise auf durchgeführte Verfahren ermöglichen die Auseinandersetzung mit konkreten Einzelbeispielen.
- **Weitere Informationen:**
Unter dieser Überschrift werden Hinweise sowohl auf weiterführende Literatur als auch Links zu Informationen über die angegebenen Anwendungsbeispiele angeboten.
- **Vor- und Nachteile:**
Die Darstellung der Vor- und Nachteile der einzelnen Verfahren erfolgt auf der Grundlage umfassender Literaturrecherche. Damit soll für denjenigen Personenkreis, der sich nicht in die Betrachtung einzelner Anwendungsbeispiele vertiefen will, die Auswahl ggf. erleichtert werden.

Die Darstellung zur „E-Beteiligung“, der unter Ziffer 3.3 ein eigenes Kapitel gewidmet ist, wurde in die folgende Zusammenstellung aufgenommen, um die informellen Beteiligungsverfahren im Zusammenhang möglichst vollständig aufzuzeigen. Zudem liegt der Schwerpunkt der Kurzdarstellung in der Übersicht über die verschiedenen Formen und Anwendungsbeispiele während in Kapitel 3.3 eine umfangreiche Erläuterung der Vor- und Nachteile dieser Beteiligungsform erfolgt.

Aktivierende Befragung

Kurzbeschreibung:	
Die Aktivierende Befragung geht zurück auf die Aktionsforschung („Action Research“) und ist darauf ausgerichtet, durch Befragung nicht nur Informationen zu gewinnen, sondern auch Veränderungsprozesse bei den Befragten in Gang zu setzen und zu begleiten. So werden z.B. offene Fragen gestellt mit dem Ziel, die Menschen zu aktivieren („Wie beurteilen Sie Ihr Wohngebiet, Haus? Was finden Sie gut, was weniger? Haben Sie Ideen, wie es hier besser werden könnte? Was könnten Sie selbst dazu tun?“ (Beer, 2003)).	
Anwendungsbeispiel:	
1. Chemnitz, Hutholz-Süd, 2002 2. Düren	
Weitere Informationen:	
Zu 1.: Lehnert, 2003, Aktivierende Befragung – Chemnitz-Hutholz, in: Ley; Weitz, 2003, S. 69-70. Zu 2. und allgemein: Lüttringhaus; Richers, (Hg.): Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis, 2003. Bischoff, Selle, Sinning, 2005, S. 61 – 64 www.fo-co.info/aktivierende_befragung.htm (Zugriff: 03.04.2006)	
Vorteile:	
Die persönliche Ansprache durch bekannte Personen schafft Vertrauen. Es können auch Bevölkerungsgruppen erreicht werden, die sonst kaum am Planungsprozess teilnehmen würden	
Nachteile:	
Hoher zeitlicher Aufwand: Je nach Größe des Untersuchungsgebietes muss eine Vielzahl von Einzelgesprächen geführt werden, deren Auswertung weiteren Zeitaufwand erfordert. Um Frust der Befragten zu vermeiden, sind Folgeaktivitäten zwingende Voraussetzung.	

Anwaltsplanung

Kurzbeschreibung:
In den USA entwickeltes Verfahren zur Beteiligung artikulations- und häufig auch einkommensschwacher Bevölkerungs-/Bewohnergruppen in Planungsprozessen. Sogenannte „Bürgeranwälte“ oder „Anwaltsplaner“ informieren und unterstützen die Bürger und artikulieren deren Interessen. Anwaltsplanung wird in der Regel stadtteilbezogen angewendet (siehe daher auch „Quartiersmanagement“) und insbesondere bei Stadtanierungsverfahren eingesetzt.
Anwendungsbeispiel:
1. Bürgerbeteiligung zur EXPO 2000 in Hannover 2. Bürgerbüro Stadtentwicklung Hannover
Weitere Informationen:
Zu 1.: Joppke / Kuklinski: „Anwaltsplanung im Stadtteil – die Mühen erweiterter Bürgerbeteiligung zur Weltausstellung EXPO 2000“ in: Bühler, 1997, S. 123 -135. Zu 2.: www.bbs-hannover.de (Zugriff: 23.06.2005).
Bischoff, Selle, Sinning, 2005, S. 173 - 176; Dejten, 2000, S. 177 – 179
Vorteile:
Es werden Gruppen erreicht, die sonst kaum für Planungsprozesse zu interessieren sind. Das Verfahren ist angelegt auf eine langfristige Zusammenarbeit und bietet damit die Chance zum Aufbau einer hochwertigen Planungskultur.
Nachteile:
„Aufsuchende Arbeit“ erforderlich; ggf. Akzeptanzprobleme. Kosten entstehen nicht projektbezogen, sondern fallen über einen längeren Zeitraum an.

Arbeitsbuchmethode

Kurzbeschreibung:
„Aufsuchender Ansatz“ (Jasper et al., 2002) der Bürgerbeteiligung, in den 1970er Jahren von dem Norweger Johs Oraug entwickelt und insbesondere im skandinavischen Raum eingesetzt. Es handelt sich um eine Sonderform der „Aktivierenden Befragung“. In einem „Arbeitsbuch 1“ genannten Katalog werden die für die Planung relevanten Fragen zusammengefasst, die dann von Multiplikatoren, die im Planungsraum bekannt sind, an alle Bewohner persönlich verteilt und deren Antworten von den Multiplikatoren auch wieder eingesammelt werden. Die Antworten und Ergebnisse werden im „Arbeitsbuch 2“ veröffentlicht. In Arbeitsgruppen mit interessierten Bewohnern werden Vorschläge konkretisiert, mit Prioritäten versehen und mit relevanten Gruppen bzw. Experten abgestimmt. Die Ergebnisse werden im „Arbeitsbuch 3“ festgehalten und mit konkreten praktischen Vorschlägen versehen, die dann die Grundlage für politische Entscheidungen bilden sollen (vgl. Jasper et al., 2002).
Anwendungsbeispiel:
Kein deutsches Beispiel bekannt. In Norwegen wurden ca. 50 Verfahren durchgeführt (vgl. Reinert, 2003, S. 76).
Weitere Informationen:
Adrian Reinert, 2003, S. 76-82 Bischoff, Selle, Sinning, 2005, S. 63; Jasper et al., 2002, S. 18.
Vorteile:
Die persönliche Ansprache durch bekannte Personen schafft Vertrauen. Es können auch Bevölkerungsgruppen erreicht werden, die sonst kaum am Planungsprozess teilnehmen würden
Nachteile:
Hoher zeitlicher Aufwand: Die Erarbeitung, Verteilung und Auswertung der Fragebögen, die Sitzungen der Arbeitsgruppen und die Dokumentation erfordert, abhängig von der Größe des Untersuchungsgebietes, mindestens mehrere Arbeitstage der mit der Durchführung beauftragten Personen. Um Frust der Befragten zu vermeiden, sind Folgeaktivitäten zwingende Voraussetzung.

Bürgerausstellung

Kurzbeschreibung:
Die Bürgerausstellung soll Einstellungen, Ziele und Motive von Interessengruppen, z.B. in einem Stadtquartier, offen legen, um hierüber in einen öffentlichen Dialog eintreten zu können. Dazu werden zunächst Interviews mit ausgewählten BürgerInnen geführt, die möglichst verschiedene Interessen(gruppen) vertreten sollten. Die Interviewpartner werden ebenso fotografiert, wie ihr (Wohn-)Umfeld bzw. wichtige Orte im Stadtquartier. Anschließend werden Fotos und Interviewausschnitte öffentlich ausgestellt. Zur Ausstellungseröffnung werden alle beteiligten Interessengruppen und die interessierte Öffentlichkeit eingeladen. Der Dialog beginnt mit der Ausstellung und wird durch weitere Beteiligungsverfahren erfasst (vgl. Schophaus, Dienel, 2003).
Anwendungsbeispiel:
Herzogenrath, Italien: Bacoli
Weitere Informationen:
Schophaus, Dienel, 2003, S. 83-88
Vorteile:
Durch Visualisierung ergibt sich eine sehr niedrige Schwelle in der Ansprache beteiligter BürgerInnen.
Nachteile:
Bisher wenig erprobtes Verfahren, zu dem kaum Praxiserfahrungen vorliegen. Konkrete Planungen werden durch diese Methode kaum zu erreichen sein; es müssten weitere Beteiligungsverfahren eingesetzt werden.

Bürgerforum

Kurzbeschreibung:
Ein Bürgerforum wird i.d.R. von der planenden Verwaltung veranstaltet und dient einerseits der Information, andererseits der Artikulation bürgerschaftlicher Interessen in kommunalen Planungsprozessen. Im Gegensatz zu reinen Informationsveranstaltungen sind Foren auf eine Einflussnahme auf die zur Diskussion stehende Planung ausgerichtet. Foren können sich durch unterschiedliche Ebenen (z.B. Stadtteil oder Kommune) oder verschiedene Arbeitsformen (z.B. Einzelveranstaltung oder Veranstaltungsreihe) unterscheiden.
Anwendungsbeispiel:
1. „Braunschweiger Forum“ (Verein zur Förderung bürgernaher Stadtplanung) 2. „Stadtforum Berlin“
Weitere Informationen:
Zu 1.: www.bs-forum.de (Zugriff: 23.06.2005). Zu 2.: www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/forum2020/ (Zugriff: 23.06.2005). Bischoff, Selle, Sinning, 2005, S. 180 -183; Jasper et al., 2002, S. 18.
Vorteile:
Foren ermöglichen eine umfassende Information und Transparenz. Geringer Aufwand.
Nachteile:
Gefahr des Missbrauchs durch organisierte, dominante Interessengruppen; es werden i.d.R. nur bestimmte, interessierte Bevölkerungsgruppen erreicht.

Bürgerjury

Kurzbeschreibung:
Dieses Verfahren wird angewendet, um in benachteiligten Quartieren • die BewohnerInnen zu aktivieren, • das Quartiersmanagement zu unterstützen und • Infrastruktur- und Förderungsmaßnahmen auf die Wünsche und Notwendigkeiten der BewohnerInnen auszurichten Nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Teilnehmer entscheiden über die Verwendung öffentlicher Gelder. Die Gruppe besteht aus ca. 15 – 30 Personen und setzt sich i.d.R. ausschließlich aus Anlegern des Quartiers zusammen. Aus der Bevölkerung werden Anträge für eine finanzielle Förderung eines Projektes eingereicht und entweder vom Antragsteller selbst oder vom Quartiersmanagement vorgestellt.
Anwendungsbeispiel:
1. Berlin, im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ in insgesamt 17 Fällen; 2. Bremen Tenever
Weitere Informationen:
Zu 1.: Baumann et al., 2004, S. 44. Zu 2.: Fuchs et al., 2002, S. 30-32.
Vorteile:
• Repräsentativität der Beteiligung • Enger Bezug zum Wohn- und Lebensumfeld der Beteiligten • Große Selbstständigkeit bei den Entscheidungen „Beachtenswert war dabei, wie sorgfältig i.d.R. die Juries mit dem Geld umgingen. Die Sinnhaftigkeit eines jeden Antrags wurde diskutiert, die angemeldeten Kosten überprüft und es wurden Verbindungen zur städtebaulichen und Versorgungssituation ebenso wie zur Geschichte des Stadtteils gezogen. Oftmals wurde von den Antragstellern eine Eigenbeteiligung eingefordert und zur Grundlage der Entscheidung gemacht“ (Baumann et al., 2004, S. 44).
Nachteile:
• Nur in Zusammenhang mit Stadtteilmanagement o.ä. anwendbar • Hoher Aufwand: Die Laufzeit einer Bürgerjury wird i.d.R. mehrere Monate betragen. Während dieser Zeit müssen Arbeitsgruppensitzungen vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet werden. • Verknüpfung mit größerem Kontext kaum möglich • Enge Rahmenbedingungen

Bürgerkonferenz

Kurzbeschreibung:
Eine Bürgerkonferenz ist eine intensivere Ausformung des Bürgerforums, wird i.d.R. ebenfalls von der planenden Verwaltung veranstaltet und dient nicht nur der Information der BürgerInnen und der Artikulation bürgerschaftlicher Interessen in kommunalen Planungsprozessen, sondern bezieht die BürgerInnen sowohl in die Festlegung von Stadtentwicklungszielen als auch in den Prozess der Stadtentwicklungsplanung ein. In den Bürgerkonferenzen, werden Anregungen, die im Rahmen eines breit angelegten Brainstormings gesammelt wurden, anhand von Leitsätzen diskutiert. Die Konferenzen bestehen aus Gruppen mit ca. 20 – 30 Personen und werden von (zumeist externen) Moderatoren geleitet.
Anwendungsbeispiel:
„Visionen für Ingolstadt“, 2001
Weitere Informationen:
www2.ingolstadt.de/media/custom/465_2053_1.PDF (Zugriff: 23.06.2005)
Vorteile:
Es wird ein breites Spektrum von Informationen und Meinungen zusammengetragen. Gut geeignet für komplexe städtebauliche Planungen, wie z.B. Stadtentwicklungs-konzepte.
Nachteile:
Hoher Aufwand: Abhängig von der Anzahl der Teilnehmenden müssen mehrere Moderatoren für mehrere Veranstaltungen eingesetzt werden. Entsprechend aufwändig ist die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung. Gefahr des Missbrauchs durch organisierte, dominante Interessengruppen; es werden i.d.R. nur bestimmte, interessierte Bevölkerungsgruppen erreicht

Charette

Kurzbeschreibung:	Charette (frz.: Karren) bezeichnet eine Methode des gemeinsamen, offenen und öffentlichen Planens (der symbolische „Karren“ wird gemeinsam gezogen). Eine interdisziplinär besetzte Planungsgruppe entwickelt gemeinsam Planungen und Konzepte. In der Regel gibt es drei Phasen (vgl. Kögler, 2008): 1. Das Planungsgebiet wird erkundet (Rundfahrten, Spaziergänge) und die Öffentlichkeit an die einzelnen Themen der Planungsarbeit herangeführt. Außerdem wird eine „Lenkungsgruppe“ aus den verschiedenen Akteursgruppen gebildet, die den gesamten Prozess begleitet und reflektiert. Ggf. werden erste „Mini-Charettes“ zu einzelnen Themen durchgeführt. 2. Die Haupt-Charette dauert 3 – 7 Tage. Dabei wird an einem „1. Tisch“ im Diskurs zu einzelnen Themen eine Planung erarbeitet, die dann am „2. Tisch“ von Fachleuten überprüft und mit Anregungen an den „1. Tisch“ zurückgegeben wird. Nach erneuter Diskussion am „2. Tisch“ werden die Ergebnisse am „3. Tisch“ in einen Masterplan eingearbeitet. Dieser wird dann, noch am gleichen Tag, öffentlich diskutiert. Die Ergebnisse dieser Diskussion fließen in die Planungsarbeit des nächsten Tages ein. So entsteht innerhalb mehrerer Tage ein sehr sorgfältig erarbeitetes und breit diskutiertes Planwerk. 3. In der dritten Phase wird der Masterplan konkretisiert, ausgearbeitet und, nach öffentlicher Beratung in den Ausschüssen, in seiner Endfassung beschlossen.
Anwendungsbeispiel:	Eggesin, (Umbau von Plattenbaugebieten), 2000 / 2001 Gräfenhainichen, Gladbeck, Merseburg, Sundern (vgl. Kögler, 2008, S. 23)
Weitere Informationen:	www.charette.de (Zugriff: 19.07.2008). Kögler, 2008, S. 21-23 Bischoff, Selle, Sinning, 2005, S. 144
Vorteile:	Es findet eine sehr intensive Auseinandersetzung mit dem Planungsgegenstand statt, die, im Idealfall, unter großer Beteiligung unterschiedlicher Akteursgruppen geführt wird. Durch das gemeinsame Planen und Arbeiten ist eine Vertrauensbildung zwischen den verschiedenen Interessensgruppen möglich.
Nachteile:	Das Verfahren ist aufwändig und insbesondere kostenintensiv. Zudem ist die Wirksamkeit bei nur geringer Beteiligung fraglich. Bei komplexen Planungsaufgaben zwingt die vorgesehene zeitliche Abfolge ggf. zu einer Verkürzung von Arbeitsschritten oder zu einer Verlängerung der Verfahrensdauer.

Community Organizing

Kurzbeschreibung:	Aus den USA stammender Ansatz zur Organisation von Stadtbewohnern, der über eine Planungsbeteiligung hinausgeht. Die Bewohner sollen befähigt werden, sich selbst zu organisieren und gemeinschaftlich zu handeln. Als Entwickler dieser Methode gilt der Sozialreformer Saul Alinsky (1909 – 1972), der sie erstmals 1939 in einem Slumviertel von Chicago umsetzte. Zur Wahrung der Unabhängigkeit werden staatliche Zuschüsse abgelehnt; ein „Sponsoring Komitee“ aus Kompetenz- und Entscheidungsträgern beschafft die materiellen und personellen Ressourcen. Anschließend werden in Einzelgesprächen vor Ort die Interessen und Bedürfnisse der Bewohner eruiert – sie sind Grundlage des weiteren Handelns.
Anwendungsbeispiel:	Ein konkretes Anwendungsbeispiel im Bereich der städtebaulichen Planung in Deutschland ist nicht bekannt. Dies dürfte auch daran liegen, dass Community Organizing auf die Organisation von Macht und „Leadership“ (zur Durchsetzung von Interessen) ausgerichtet ist und dass es verwandte Ansätze, wie z.B. Lokale Partnerschaften oder Anwaltsplanung, in Deutschland bereits gibt.
Weitere Informationen:	www.fo-co.info (Zugriff: 12.09.2007) Bischoff, Selle, Sinning, 2005, S. 156 -158 Jasper et al., 2002, S. 19.
Vorteile:	Sehr auf die Interessen der Bewohner orientierter Ansatz.
Nachteile:	Der sehr durchsetzungs- und weniger prozessorientierte Ansatz schafft Konfliktpotenziale. Hoher Aufwand: Die zu führenden Einzelgespräche sind zeit- und personalintensiv; zudem ist das Verfahren auf eine längere (d.h. mindestens mehrwöchige) Laufzeit angelegt. Gefahr der Ausgrenzung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen, Gefahr der „Losgelöstheit“ von übergeordneten Strategien

E-Beteiligung

Kurzbeschreibung:
Es gibt folgende Formen der elektronischen Bürgerbeteiligung (nach Jasper et al., 2002): 1. E-Mail, 2. Mailing Lists, 3. Diskussionsforen, 4. Chat, 5. Virtuelle Pläne und 6. Formulare. Ablauf einer Bürgerbeteiligung am Beispiel Regionaler Flächennutzungsplan, Planungsverband Ballungsraum Frankfurt / Rhein-Main: 1. Ab September 2004 wurde unter www.planung-verbindet.de (Zugriff: 23.06.2005) ein umfangreiches Informationsangebot frei geschaltet. 2. Die Diskussion startete am 25.10.2004 mit einer Pressekonferenz und einem Eröffnungsinterview mit dem Verbandsdirektor. 3. Das Fraunhofer-Institut hatte die Aufgabe, die Diskussion ergebnisorientiert zu moderieren. 4. Die registrierten TeilnehmerInnen (über 250) wurden über einen Newsletter ständig informiert. 5. Aus über 600 Beiträgen sind rund 250 Anregungen eingegangen. Ergebnis des Dialogverfahrens ist eine übersichtliche Darstellung der von den TeilnehmerInnen erarbeiteten Anregungen sowie eine Rückmeldung des Planungsverbandes an die TeilnehmerInnen und die Öffentlichkeit.
Anwendungsbeispiel:
„Mauerdiallog“, Planung und Vorbereitung des Wettbewerbs für die Gedenkstätte Bernauer Str., Berlin, 2006, www.berlin.de/mauerdialog (Zugriff: 12.07.2007) Regionaler Flächennutzungsplan, Planungsverband Ballungsraum Frankfurt / Rhein-Main, 2004, www.planung-verbindet.de (Zugriff: 23.06.2005); „Leitbild Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“, 2002, www.wachsende-stadt.de (Zugriff: 23.06.2005); Bremen Horn-Lehe, 2001; Esslingen, 2000; siehe auch www.zebralog.de (Zugriff: 12.07.2007)
Weitere Informationen:
Siehe folgendes Kapitel „Elektronische Bürgerbeteiligung“.
Vorteile:
„One-Stop-Participation“; bequem für die TeilnehmerInnen, gut als Informationsplattform und zur Vorbereitung anderer Beteiligungsverfahren
Nachteile:
Gefahr des „Zuviel“ an Information; Unkonkretheit, Unpersönlichkeit, Unverantwortlichkeit; das Medium Internet ist nicht Jedermann zugänglich („Elitenbeteiligung“).

Kombinierte Verfahren

Kurzbeschreibung:
Gerade bei komplexen und langwierigen Planungsprozessen kann sich eine Kombination von verschiedenen Beteiligungsverfahren anbieten. Da die Kombinationsmöglichkeiten vielfältig sind, soll hier auf das nachstehende Beispiele verwiesen werden.
Anwendungsbeispiel:
Halle, „Planspiel Innenstadt“. „Dazu wurde mit dem Planspiel ein Verfahren erarbeitet, das verschiedene Beteiligungsmethoden und Kommunikationsinstrumente kombiniert. In erster Linie wurden dazu drei zentrale Module angewandt, die in einen Kontext und zeitliches Grundgerüst gesetzt wurde: Runde Tische, Arbeitskreise und Projektgruppen. Ergänzt wurden diese durch ein Bürgergutachten.“ (Wiese-von Ofen, 2002, S. 49)
Weitere Informationen:
Wiese-von Ofen, 2002 Bischoff, Selle, Sinning, 2005
Vorteile:
Der Vorteil kombinierter Verfahren liegt in der Flexibilität der Anwendung verschiedener Methoden.
Nachteile:
Bei einer Kombination verschiedener Verfahren besteht die Gefahr unsachgemäßer Anwendung verfahrensspezifischer Methoden. Entweder muss die Moderation durch sehr erfahrenes Personal oder durch verschiedene Moderatoren (Kosten!) erfolgen.

Konsensuskonferenz

Kurzbeschreibung:
Die Konsensuskonferenz, in Dänemark entwickelt, ist die Zusammenkunft einer Gruppe aus ca. 15 Personen, die durch Öffentlichkeitsarbeit oder persönliche Ansprache gewonnen werden. Ihre Auswahl erfolgt unter der Maßgabe, dass möglichst viele Standpunkte, Interessen und soziale Gruppen berücksichtigt werden. Diese Gruppe erarbeitet, ähnlich wie das Bürgergutachten, nach Anhörung von Experten ausführliche Stellungnahmen. Dazu kommen die Mitglieder an ein oder zwei Wochenenden zusammen, um Informationen einzuholen, Fragestellungen zu entwickeln und zu befragende Experten auszuwählen. Die eigentliche Konferenz, zumeist an einem weiteren Wochenende, besteht dann in der öffentlichen Anhörung der Experten. Auf Grundlage der Anhörung erarbeitet die Gruppe Empfehlungen, die möglichst im Konsens getroffen werden sollen; Minderheitenvoten sind jedoch möglich. Das Ergebnis wird dokumentiert und nach Abschluss der Konferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.
Anwendungsbeispiel:
Konsensuskonferenz Ulm, 2000. Konsensuskonferenz zur Gendiagnostik 2001 in Dresden (siehe www.buergerkonferenz.de , Zugriff: 23.06.2005)
Weitere Informationen:
Universität Kassel, Werkstatt für dialogische Planung (www.uni-kassel.de/fb6/agdialog/werkstatt/methoden/konsensuskonferenz.html (Zugriff: 23.06.2005); Jasper et al., 2002, S. 20.
Vorteile:
Breites Beteiligungs- und Meinungsspektrum.
Nachteile:
Hoher Vorbereitungsaufwand, hohe Kosten. Kleinere Verfahren ca. 25.000 €, große Verfahren bis zu 250.000 € und 1 Jahr Dauer (BBR, 2005, S. 115).

Lokaler Dialog

Kurzbeschreibung:
Begonnen wird zumeist mit einer Bürgerversammlung, in der -unter Moderation- thematische Schwerpunkte festgelegt und entsprechende Arbeitsgruppen gebildet werden. Die Gruppen erarbeiten dann innerhalb einer vorgegebenen Frist unter qualifizierter Begleitung Vorschläge. Zur Einbindung von Bevölkerungsgruppen, die nicht in der Bürgerversammlung vertreten waren, werden entsprechende Gespräche mit diesen Gruppen geführt. Die Arbeitsergebnisse werden zusammengetragen und auf einer weiteren Bürgerversammlung zur Diskussion gestellt.
Anwendungsbeispiel:
Nicht bekannt.
Weitere Informationen:
Jasper et al. 2002, S. 21.
Vorteile:
Mit anderen Verfahren, wie z.B. Zukunftswerkstatt oder Open-Space, kombinierbar. Gut geeignet für komplexe städtebauliche Planungen, wie z.B. Stadtentwicklungskonzepte.
Nachteile:
Hoher Aufwand: Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation sind zeit-, personal- und (insbesondere bei anzureichernder, externer Moderation) entsprechend kostenintensiv. Die Laufzeit ist auf mindestens mehrere Wochen angelegt. Besonders qualifizierte Moderation notwendig.

Mediation

Kurzbeschreibung:	Mediation ist ein Konfliktlösungsverfahren, das eingesetzt wird, wenn sich (z.B. auch nach einem gescheiterten Beteiligungsverfahren) in einem konkreten Streitfall scheinbar unversöhnliche Positionen gegenüber stehen. Externe Mediatoren hören die Beteiligten an (genauer: sie hören ihnen zu), klären und strukturieren die unterschiedlichen Interessenlagen und loten Handlungsspielräume für mögliche Problemlösungen aus. Dabei versuchen sie, Positionen in Interessen zu verwandeln. Denn Interessen sind verhandelbar, Positionen nicht. Die Mediatoren haben keine eigene Entscheidungsbefugnis, sondern bemühen sich, zwischen unterschiedlichen Interessen zu vermitteln. Angestrebt wird eine Lösung, die von der Mehrheit getragen wird; ggf. kommt es zum Abschluss eines Vertrags, an den sich die Vertragsparteien selbst binden.
Anwendungsbeispiel:	Bremen, Pauliner Marsch, www.pauliner-marsch.de (Zugriff: 24.06.2005) Hamburg-Messe (Feindt, Gessenharter, 2000); Flughafen Frankfurt, www.mediation-flughafen.de (Zugriff: 24.06.2005) Wien, Sanierung Yppenplatz + Wien, Flughafen (siehe Wiese-von Ofen, 2002, S. 41 – 42)
Weitere Informationen:	www.bmev.de (Zugriff: 24.06.2005), Bundesverband Mediation e.V. Kooperative Planung und Mediation im Konfliktfall, Institut für Städtebau, Berlin, 2001 Bischoff, Selle, Sinning, 2005, S. 187 -190; Bodemann in: DASL, S.181; Jasper et al. 2002, S. 22; Heiss et al., 2005.
Vorteile:	Das Mediationsverfahren vermeidet evtl. langwierige und kostenaufwändige Rechtstreitigkeiten (mit ggf. ungewissem Ausgang). Festgefahrene und blockierte Verfahren können wieder in Gang gesetzt werden.
Nachteile:	„Nulloption“ nicht möglich. Ergebnis ist stark von den Personen (Mediatoren) anhängig; wer verhandelt für die Interessengruppen? Kosten + Zeit: Beispiel Wien, Yppenplatz = 250.000,00 DM, 1 ½ Jahre Beispiel Wien, Flughafen = 400.000,00 DM, 1 ½ Jahre; Erfahrungswerte: Mediationsverfahren 25.000 – 100.000 €, Mediationssitzung 1.250 – 2.000 € (BBR, 2005, S. 113)

Open Space

Kurzbeschreibung:	Mitte der 1980er Jahre von dem amerikanischen Organisationsentwickler Harrison Owen 'entdeckte' Versammlungsform. Es gibt zu Beginn der offenen Veranstaltung kein festes Programm, dieses wird von den Beteiligten nach persönlichen Vorstellungen selbst zusammengestellt und in Gruppen, ggf. mit wechselnder Besetzung, behandelt. Die Arbeitsergebnisse der einzelnen Gruppen werden dokumentiert und allen Beteiligten zur Verfügung gestellt. In einer Abschlussveranstaltung werden dann Maßnahmen und ggf. Prioritäten festgelegt. Einen „Moderator“ im üblichen Sinne gibt es nicht – ein „Begleiter“ führt zu Beginn der Veranstaltung in das Verfahren ein und hält sich ansonsten im Hintergrund. Die Teilnehmenden selbst entscheiden, an welchen Aufgaben und in welcher Form sie arbeiten wollen. „Empowerment“, Selbstverantwortung und Selbstorganisation sind zentrale Merkmale von Open Space.
Anwendungsbeispiel:	Tagung der „Stiftung MITARBEIT“ zum Thema „Einwohner(innen)beteiligung“ am 2.-4.09.2005 in Loccum, www.mitarbeit.de (Zugriff: 12.07.2007); Nürnberg-Südstadt (siehe: Bauer, 2003, S. 190).
Weitere Informationen:	www.openspace-online.com (Zugriff: 24.06.2005) Bischoff, Selle, Sinning, 2005, S. 191–195; Baumann et al., 2004, S. 39; Jasper et al. 2002, S. 22.
Vorteile:	Sehr offener Charakter; geeignet für verschiedene Gruppengrößen (insbesondere für Großgruppen) und –zusammensetzungen. „Wie Zukunftswerkstätten eignet sich Open Space insbesondere für Gruppen, die länger zusammenarbeiten, d.h. die Umsetzung der Ergebnisse gemeinsam sicherstellen können oder als Auftakt zu längeren Planungsprozessen“ (Jasper et al., 2002, S. 22). „In kurzer Zeit werden bei wenig Aufwand viele Ergebnisse produziert“ (Baumann et al., 2004, S. 39).
Nachteile:	Die Einbindung in ein übergeordnetes Konzept ist schwierig. Zu wenig zielgerichtet bzw. nicht geeignet für konkrete Vorhaben und eingegrenzte Fragestellungen. Kein Verfahren, um Konflikte zu lösen.

Participatory Rapid Appraisal (PRA)

Kurzbeschreibung:	PRA bedeutet frei übersetzt „Schnelle Erhebung mit Bürgerbeteiligung“ und bezeichnet eine Methode, bei der speziell geschulte InterviewerInnen durch Befragung von Zielgruppen innerhalb kurzer Zeit eine Fülle von Informationen und Daten sammeln. Wenn möglich, finden die Gespräche bei den zu Befragenden zu Hause statt („Küchentischgespräche“). Innerhalb von einer Woche werden folgende Arbeitsschritte durchgeführt: • Schulung der InterviewerInnen, • Auswahl der GesprächspartnerInnen für die Befragung, • Analyse der Gespräche und Aufarbeitung mittels Metaplan-Technik und • Präsentation der Ergebnisse Nach Möglichkeit sollen ca. 40 Gespräche durchgeführt werden. Die Gesprächsergebnisse werden auf ca. 10 bis maximal 12 Karten protokolliert und nach vier Farben sortiert: • Grüne Karten: Chancen, Möglichkeiten, Wünsche. • Gelbe Karten: Fragen, Probleme. • Blaue Karten: Vorschläge, konkrete Projektideen. • Rosa Karten: Verrückte Ideen (nach diesen wird ausdrücklich gefragt). Als Ergebnis der Gespräche liegen somit ca. 400 Karten vor (vgl. Ketelhodt, 2003, S. 232-234).
Anwendungsbeispiel:	
Perspektiven für ältere Menschen im Barkauer Land (Kreis Plön), 1999	
Weitere Informationen:	
Ketelhodt, 2003, S. 232 – 241; Bischof et al., S. 158 ff.	
Vorteile:	
Innerhalb kurzer Zeit werden viele Informationen und Daten gewonnen. Das Verfahren ist gut geeignet, um einen abgelaufenen Prozess zu evaluieren.	
Nachteile:	
Kaum geeignet, um zu konkreten Planungsansätzen zu kommen. Hoher Personalaufwand, da jedes Gespräch jeweils von zwei InterviewerInnen geführt werden soll. Das Projekt lässt sich nicht zeitlich strecken.	

Perspektivenwerkstatt

Kurzbeschreibung:	Im angelsächsischen Raum unter der Bezeichnung „Community Planning“ bekannt. Das Verfahren besteht im Wesentlichen aus zwei Phasen: 1. In der offenen Werkstattphase entwickeln verschiedene Arbeitsgruppen unter moderierender Begleitung Vorschläge zu konkreten mit der Planung zusammenhängenden Fragestellungen. Durch den Einsatz verschiedener Techniken wird die Kreativität der Gruppen angeregt, mit dem Ziel zu neuartigen, aber umsetzbaren Lösungsvorschlägen zu gelangen. 2. In der Auswertungphase wertet ein interdisziplinär besetztes Team die Ergebnisse der Gruppenarbeiten aus und erstellt auf dieser Grundlage einen Zielkatalog. Dieser wird kurzfristig nach Fertigstellung veröffentlicht und zur Diskussion gestellt.
Anwendungsbeispiel:	1.: Essen Berliner Platz, 1999, + Burgplatz, 2000, 2.: München Freimann
Weitere Informationen:	Zu 1.: Wiese-von Ofen, 2002, S. 27-29; + www.communitio-essen.de/burgplatz (Zugriff: 24.06.2005) Zu 2.: www.freimann.com/perspektive/index.html (Zugriff: 24.06.2005); Bischoff, Selle, Sinning, 2005, S. 143-147; Jasper et al. 2002, S. 22; Fuchs et al. 2002.
Vorteile:	Gut für Großgruppen geeignet (in Essen über 1.000 TeilnehmerInnen). Während der Werkstattphase werden schnell Ergebnisse erzielt.
Nachteile:	Aufwändige Vorbereitung: Sammeln und Zusammenstellen von Informationen, Durchführungsteam beauftragen, Voraussetzungen für die Werkstattphase schaffen, Öffentlichkeitsarbeit, Steuerungsgruppe. Hohe Kosten: kleine Verfahren ab ca. 50.000 €, große Verfahren bis ca. 250.000 €, häufig aber deutlich über 100.000 € (BBR, 2005, S.111); „Unter den Modellen der Bürgerbeteiligung im Vorfeld einer Planung ist dieses Modell eines Community-Planning-Verfahrens sicherlich das aufwendigste.“ (Wiese-von Ofen, 2002, S.28) → Kosten in Essen: unterschiedliche Angaben, ca. 300.000,00 DM - 500.000,00 DM

„Planning for Real“

Kurzbeschreibung:
„Planning for Real“ wurde in den 1970er Jahren von dem Briten Tony Gibson (in Zusammenarbeit mit der „Neighbourhood Initiative Foundation“) entwickelt und bezeichnet ein gemeinwesenorientiertes und stadtteilbezogenes Planungsverfahren. Ein transportables Modell des Stadtteils wird an vielen verschiedenen öffentlichen Orten gezeigt, um die Bewohner des Stadtteils miteinander ins Gespräch zu bringen. Verbesserungsvorschläge werden auf dem Modell markiert und in gemeinsamer Abstimmung mit Prioritäten versehen. Anschließend werden Arbeitsgruppen gebildet, die sich um die Umsetzung kümmern und Verantwortliche benennen. Ziel ist es, innerhalb kurzer Frist durch einfach umzusetzende Maßnahmen für Erfolge zu sorgen, die Eigeninitiative der Beteiligten zu fördern und damit die Beteiligungsmöglichkeiten der Betroffenen bei der Gestaltung ihres Umfeldes zu verbessern.
Anwendungsbeispiel:
Revelaer Viereck, Berlin; www.ideenaufwurf.org (Zugriff: 14.03.2007) Kommunales Forum Wedding; www.tu-berlin.de (Zugriff: 14.03.2007)
Weitere Informationen:
www.planning-for-real.de (Zugriff: 14.03.2007) www.wegweiser-bürgergesellschaft.de (Zugriff: 14.03.2007) Bischoff, Selle, Sinning 2005, S. 135-138.
Vorteile:
Verbesserung der Kommunikation; Motivation; Schon nach kurzer Zeit werden Erfolge sichtbar. Gut einsetzbar für artikulatioonsschwache Bevölkerungsgruppen und für die Kommunikation mit Kindern und Jugendlichen.
Nachteile:
Es fehlt evtl. eine Verknüpfung zu übergeordneten Entwicklungskonzepten; der Stadtteil darf nicht zu groß sein.

Planungswerkstatt

Kurzbeschreibung:
Es gibt grundsätzlich zwei verschiedenen Formen der Planungswerkstatt: 1. die ‚geschlossene‘ Form, an der ausschließlich Planer teilnehmen und 2. die ‚offene‘ Form, die allen Bewohnern/ Anliegern die Teilnahme ermöglicht. Der Ablauf einer Planungswerkstatt bedarf der intensiven Vorbereitung, eine professionelle externe Moderation empfiehlt sich. Der Ablauf besteht aus folgenden Elementen: • Beschreibung der Rahmenbedingungen, ggf. Ortsbegehung, • Entwicklung thematischer Schwerpunkte, • Kreativitätsphase /Planungsskizzen, • Klärung von Widersprüchen / Verständnis schaffen / Konsenssuche, • Kompromiss- und Lösungsvorschläge, • Visualisierung / Konkretisierung durch Planer, • Präsentation und • Entscheidungsfindung im zuständigen kommunalen Gremium
Anwendungsbeispiel:
Frankfurt, Planungswerkstatt Dom-Römer, 2006, www.frankfurt.de (Zugriff: 14.03.2007); Erkrath, Konversion des ehemaligen Pose-Maree-Geländes, 2005 (Bauwelt 4/2005, S. 6); www.planungswerkstatt-stresemannstrasse.de (Zugriff: 14.03.2007); Gemeinde Grenzach-Wyhlen, Neubaugelbietsplanung für das ehemalige Industriegebiet „Sernuss-Nord“, 2002, (Stadt und Gemeinde 12/2002, S. 507) Entwicklung Große Bergstraße, Hamburg, 2003;
Weitere Informationen:
Bischoff, Selle, Sinning, 2005, S. 177-179; Jasper et al. 2002, S. 23.
Vorteile:
Häufig angewandtes Verfahren mit breiter Akzeptanz. Gutes Kosten-/Nutzen-Verhältnis. 1-tägige Werkstatt: ca. 2.500 – 3.000 € (ohne Dokumentation).
Nachteile:
Nicht beliebig wiederholbar.

Planungszelle

Kurzbeschreibung:
Die „Planungszelle“ (bzw. das „Bürgergutachten“) wurde von dem Wuppertaler Soziologieprofessor Peter Dienel entwickelt.
Die Planungszelle setzt auf eine möglichst repräsentative Beteiligung der Bevölkerung. Mehrere Planungszellen mit jeweils ca. 25 nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgern, die für ca. 1 Woche - gegen Entschädigung - von ihrer Arbeit freigestellt werden, arbeiten unter kompetenter Begleitung an einem (Planungs-)Thema. Die Informationen, die für die Arbeit der Gruppen notwendig sind, werden durch Anhörungen von Interessengruppen und Experten gewonnen. Die Ergebnisse der Gruppenberatungen werden in einem Bürgergutachten zusammengefasst und den zuständigen politischen Gremien zur Beratung vorgelegt.
Nach Bogumil wurden Planungszellen zwischen 1975 und 1996 15mal bei kommunalen Planungsvorhaben eingesetzt (Bogumil, 2001, S. 3).
Anwendungsbeispiel:
Diverse Verfahren in Solingen, z.B. „Börkhauser Feld“ (siehe Wiese-von Ofen, 2002, S. 34); Bürgergutachten zur Innenstadtgestaltung „Neuss – Innenstadt 2010“; Ründeroth, Ortsteil Engelskirchen: www.engelskirchen.de/buergergutachten.htm (Zugriff: 14.03.2007)
Weitere Informationen:
Forschungsstelle „Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren“ an der Universität Wuppertal; Dienel, 2002; Bischoff, Selle, Sinning, 2005, S. 129-134; Jasper et al., 2002, S. 18; Deffen, S. 179 – 182.
Vorteile:
In der Regel umfassende Arbeitsergebnisse und hohe Akzeptanz der Bürgergutachten: (...stuft die Stadt Solingen diese Verfahren für bestimmte Planungsfälle (Grad der Konkretheit der Aufgabenstellung, Nähe der Verwirklichung, Umgang vorhandener Betroffenheit) positiv ein.“ Wiese-von Ofen, 2002, S. 35); „In allen bisherigen Anwendungsfällen haben sich die in das Verfahren Bürgergutachten / Planungszelle gesetzten Erwartungen weitgehend erfüllt. Die beteiligten Bürgerinnen und Bürger zeigten sich motiviert und in der Lage, sich in kurzer Zeit auch in komplizierte Fragen einzuarbeiten und qualifiziert dazu Stellung zu nehmen. Ergebnisse von Bürgergutachten haben nachweislich politische Entscheidungen beeinflusst“ (Reinert, 1998, S. 124).
Nachteile:
Hohe Kosten; Erfahrungswert: pro Teilnehmer ca. 1.000 €, i.d.R. mindestens 4 Planungszellen à 25 Teilnehmer = 100.000 € (BBR, 2005, S. 112); „Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten. Dies gilt auch für das Verfahren Planungszelle. Seine Schwachstellen liegen in den hohen Kosten seiner Durchführung sowie der Exklusivität der Teilnehmer“ (Reinert, 1998, S. 125).

Quartiersmanagement

Kurzbeschreibung:
Quartiersmanagement wird, häufig im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“, in Stadtteilen mit sozialen Problemen eingesetzt. Ziel ist es, insbesondere die Bewohner, aber auch andere Beteiligte, wie z.B. Wohnungsbaugesellschaften, für die Mitarbeit bei der Bewältigung sozialer Probleme zu gewinnen.
Ausgangspunkt - und i.d.R. Voraussetzung für eine finanzielle Förderung - ist eine Bestandserhebung und ein Wohnraumversorgungskonzept. Üblicherweise werden die Bedürfnisse und Interessen der Bewohner bzw. Beteiligten durch Befragungen eruiert. Aus den Ergebnissen werden konkrete Projekte entwickelt, die vielfach Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung beinhalten.
Voraussetzungen für den Erfolg eines Quartiersmanagements (nach Jasper et al.):
• Möglichst viele müssen sich angesprochen fühlen. • Zeitnahe Resultate sollten belegen können, dass sich etwas tut. Hierfür sollten Verfügungsmittel bereit stehen. • Kontinuität und Dauerhaftigkeit.
Anwendungsbeispiel:
1.: Dortmund-Nordstadt 2.: Bremen-Tenever 3.: Berlin-Lichtenberg
Weitere Informationen:
Zu 1.: www.quartiersmanagement-nordstadt.de (Zugriff: 03.11.2006); Staubach in: Rösener, Selle, S. 197; Zu 2.: Fuchs et al., S. 30 -32; Zu 3.: Jasper et al., 2004; www.soziale-stadt.de (Zugriff: 03.11.2006);
Vorteile:
Eine langfristige Zusammenarbeit ist möglich und kann zur Grundlage einer hochwertigen Planungskultur werden.
Nachteile:
Wenn die Bewohner nicht aktiviert werden können, ist der Ansatz gescheitert; hohe Kosten.

Real Time Strategic Change

Kurzbeschreibung:
Real Time Strategic Change (RTSC) wurde in den 1980er-Jahren von Kathleen Dannemiller u.a. in den USA entwickelt. Es ist ein Verfahren der Großgruppenarbeit, dessen Anwendungsschwerpunkt vor allem in der Wirtschaft liegt, das aber auch bei räumlichen Planungsaufgaben zum Einsatz kommt. Ziel ist es, bei allen Mitwirkenden Energien für einen Veränderungsprozess zu generieren. Dies soll erreicht werden durch eine grundlegenden Wandel der Wahrnehmung: Die Notwendigkeit der Veränderung soll erkannt und mit dieser Erkenntnis die Energie für die Umsetzung strategischer Ziele freigesetzt werden. 50 – 2000 Teilnehmer kommen für zwei bis drei Tage zusammen und arbeiten in sogenannten „Max-mix-Gruppen“ aus 8-10 Personen, wobei in jeder Gruppe Repräsentanten aus allen Akteurs- bzw. Meinungsgruppen vertreten sein sollen. Einzelne Arbeitsschritte, die von allen Gruppen durchlaufen werden, können z.B. sein: 1. Analyse: was macht Veränderungen notwendig? 2. Formulierung von Visionen und Zielen, 3. Entwicklung von Empfehlungen und 4. Operationalisierung der Empfehlungen
Anwendungsbeispiel:
Essen: Mittelstandsoffensive „move“
Weitere Informationen:
www.all-in-one.de/werkzeuge/rtsc.htm (Zugriff: 14.03.2007) Bischoff, Selle, Sinning 2005, S. 151-155. Zur Bensen, 2003: Real Time Strategic Change. Schneller Wandel mit großen Gruppen.
Vorteile:
Für große Teilnehmerzahlen gut geeignet. Veränderungsprozesse können auf eine breite Basis gestellt werden. Verbesserung der Kommunikation und Motivation.
Nachteile:
Hoher Aufwand: Das Verfahren muss sehr sorgfältig vorbereitet werden und stellt hohe Anforderungen an die Moderation. Abhängig von der Anzahl der Teilnehmenden ist der Einsatz mehrerer Moderatoren notwendig. Bei Einschaltung externer Moderatoren entstehen entsprechend hohe Kosten. Das Verfahren ist eher prozess- als ergebnisorientiert. Funktioniert nur, wenn die Leitungsebene von dem Prozess überzeugt ist und sich motivierend einbringt.

Runder Tisch

Kurzbeschreibung:
Der Begriff wird für verschiedene Veranstaltungsformen verwendet, die das Ziel haben, Vertreter verschiedener Interessen miteinander, i.d.R. unter externer Moderation, ins Gespräch zu bringen und konkrete Problemstellungen bzw. Aufgaben konsensual zu lösen. Die Gruppengröße und -zusammensetzung bestimmt sich aus der möglichst gleichmäßigen Vertretung ausgewählter Interessen, wobei die für Gruppenarbeit zuträglichste Größe nicht überschritten werden sollte. Die Ergebnisse des Runden Tisches werden am Ende des Prozesses der Öffentlichkeit präsentiert. Das Verfahren ist der Mediation ähnlich, ist aber nicht auf die kurzfristige Lösung einer Konfliktsituation angelegt, sondern eher von umfassender Zielsetzung und längerer Dauer.
Anwendungsbeispiel:
1.: Bekanntestes Beispiel ist der „Zentrale Runde Tisch“ in den Zeiten der „Wende“; 2.: Seit 1972 Münchner Forum e.V.; 3.: Regensburg, 2000/2001, Standortsuche für ein Kulturzentrum.
Weitere Informationen:
www.uni-kassel.de/fb6/agdialog.html (Zugriff: 24.06.2005) Jasper et al. 2002; Zu 2.: www.muenchner-forum.de (Zugriff: 24.06.2005); Zu 3.: Fuchs et al., S. 33 -36; Bischoff, Selle, Sinning, 2005, S. 183-186; Jasper et al., 2002, S. 23.
Vorteile:
Eine langfristige Zusammenarbeit ist möglich und kann zur Grundlage einer hochwertigen Planungskultur werden.
Nachteile:
Nicht für Großgruppen geeignet. Keine schnellen Ergebnisse. Ggf. hohe Kosten (Regensburg ca. 250.000,00 DM).

Wertschätzende Befragung

Kurzbeschreibung:
Ende der 1980er Jahre von David Cooperrider und Suresh Srivastva als „Appreciative Inquiry“ entdeckte Versammlungsform. Anhand von vorbereiteten Fragen werden zu Beginn in „wertschätzenden Befragungen“ (Zweier-Interviews) positive Qualitäten der städtischen Umwelt herausgearbeitet. Ebenso wie bei der Open-Space-Methode wird viel Wert gelegt auf konstruktive Diskussion. Das Positive wird als wesentliche Triebkraft für zukünftiges Handeln angesehen („Sonnenblumeneffekt“).
Der Prozess umfasst im Wesentlichen vier Phasen:
1. Erkunden: positive Eindrücke sammeln. 2. Visionieren: Zukunftsszenarien entwickeln. 3. Gestalten: Mögliche Maßnahmen formulieren. 4. Konkretisieren: Umsetzungsschritte erarbeiten.
Anwendungsbeispiel:
1. Kreis Neumarkt: Trends und Herausforderungen für die Gemeindeentwicklung, 2003. 2. Lindau-Zech, 2002
Weitere Informationen:
Zu 1.: Rösener, Selle, 2005, S. 238-239. Zu 2.: Faller et al., S. 33 www.stadteitarbeit.de/Seiten/Methoden/kuklinski-maleh/appreciative_inquiry.htm (Zugriff: 24.06.2006) Bischoff, Selle, Sinning, 2005, S. 148-149 Bruck, 2003, S. 51-70
Vorteile:
Sehr offener Charakter, geeignet für verschiedene Gruppengrößen auch für Großgruppen. Gut geeignet für strategische Entwicklungs- oder Veränderungsvorhaben und für die Stadteitarbeit.
Nachteile:
Wenig geeignet, um konkrete Planungen, wie z.B. Gestaltungsplanungen, zu entwickeln.

World Café

Kurzbeschreibung:
Die Idee zum World Cafe wurde 1995 in den USA von Juanita Brown und David Isaacs entwickelt. Mit dieser Methode kann in großen Gruppen offen und mit dem Ziel diskutiert werden, andere Sichtweisen kennen zu lernen und zu verstehen. Ähnlich wie in einem Café werden in einem Raum mehrere Tische verteilt, an denen jeweils 3 – 6 Personen Platz nehmen und eine Gruppe bilden. Auf den Tischen liegen Papierzettel, Stifte, eine Karte mit Arbeitsregeln („Café-Etikette“) und eine Art „Speisekarte“, auf der z.B. Arbeitsfragen formuliert sind oder mit der Inputmaterial zur Verfügung gestellt wird. Die Teilnehmer schreiben ihre Gedanken und Meinungen direkt auf die Tische oder auf ein darüber gelegtes Papier. Nach einer vorher festgelegten Zeit (z.B. 30 Minuten) verlassen alle bis auf einen, den „Gastgeber“, den Tisch und lassen sich an anderen Tischen nieder. Der „Gastgeber“ gibt der neuen Gruppe eine kurzen Überblick über die bisherigen Ergebnisse, auf deren Grundlage dann weiter gearbeitet wird. Die Anzahl der Tischwechsel ist nicht vorgegeben, sondern vom Thema und der Motivation der Teilnehmer abhängig. Im Plenum werden die Ergebnisse vom Moderator zusammengefasst und präsentiert.
Anwendungsbeispiel:
Saulheim, 2007, zum Thema „Lokaler Klimaschutz“. Gemeinde Mertzig, Luxemburg, 2007, zur Erstellung eines Gemeindeentwicklungsplans. Auftaktveranstaltung zur „Europäischen Bürgerkonferenz“, 2006, www.europa-eische-buergerkonferenzen.de (Zugriff: 14.07.2007)
Weitere Informationen:
www.theworldcafe.com (Zugriff: 14.07.2007) www.org-portal.org/portal/artikel_format_drucken.php?id=372&kpl=0 (Zugriff: 14.07.2007) www.moderatio.de/lexikon/world-cafe.pdf (Zugriff: 14.07.2007)
Vorteile:
Sehr offener Charakter; geeignet für verschiedene Gruppengrößen (insbesondere für Großgruppen) und –zusammensetzungen. Gut geeignet, um Kommunikationsstrukturen zu gründen oder zu verbessern.
Nachteile:
Relativ hoher Aufwand. Zu wenig zielgerichtet bzw. wenig geeignet für konkrete Vorhaben und eingegrenzte Fragestellungen.

Zukunftskonferenz

Kurzbeschreibung:
Die Zukunftskonferenz (auch „Future Search“) wurde Anfang der 1980er Jahre von Sandra Janoff und Marvin Weisbord entwickelt. Ziel der Zukunftskonferenz ist es vor allem, Gemeinsamkeiten der Teilnehmer heraus zu arbeiten und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Dahinter steht die Idee, dass dadurch die Bereitschaft zu einem auf das gleiche gemeinsame Ziel gerichteten Handeln gefördert wird.
Der Ablauf besteht aus fünf Phasen:
1. Rückblick in die Vergangenheit 2. Bewertung der gegenwärtigen Situation 3. Entwicklung von Visionen 4. Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten 5. Planung von konkreten Maßnahmen
I.d.R. nehmen 50 – 70 Personen teil, die möglichst aus allen mit dem Thema befassten Interessengruppen stammen sollten. Nach anfänglicher Zusammenarbeit in Kleingruppen werden diese systematisch durchmischt, um vorhandene Interessensstrukturen zugunsten eines Gemeinschaftsgefühls aufzulösen. Zwischengeschaltet finden Plenumsitzungen statt, die dem Zusammentragen von Ergebnissen und der Konsensfindung dienen.
Anwendungsbeispiel:
CIVITAS-Zukunftskonferenz der Bertelsmann-Stiftung, www.bertelsmann-stiftung.de (Zugriff: 14.07.2007); „Zukunftsforum Ludwigshafen 2020“; Zukunftskonferenz Hamburg-Wilhelmsburg: www.forumwilhelmsburg.de/zukunftskonferenz/sicher.htm (Zugriff: 14.07.2007)
Weitere Informationen:
www.wegweiser-buergergesellschaft/politische_teilhabe/modelle_methoden/beispiele/zukunftskonferenz.php (Zugriff: 14.07.2007) Bischoff, Selle, Sinning, 2005, S. 147-150; Jasper et al., 2002, S. 23.
Vorteile:
Die Herangehensweise ist sehr offen und darauf angelegt, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und die Bereitschaft zu erneuerndem Handel zu erzeugen. Dies kann gute Voraussetzungen schaffen für langfristige konstruktive Zusammenarbeit.
Nachteile:
Zumeist sind mehrtägige Veranstaltungen erforderlich. Kostendimension: 25.000 - 40.000 € (BBR, 2005, S. 115)

Zukunftswerkstatt

Kurzbeschreibung:
1964 von Robert Jungk entwickelt als „Instrument zur Erfindung sozialer Zukünfte“ unter dem Motto „Zukunft geschieht nicht, sie wird gemacht“.
Das klassische Konzept geht nach drei aufeinander folgenden Phasen vor:
1. Kritikphase 2. Phantasiephase 3. Verwirklichungsphase (nach Baumann et al., 2004)
In einer Zukunftswerkstatt werden üblicherweise -von einem Moderator begleitete - Gruppen mit ca. 25 freiwilligen Personen gebildet, in denen jeder zu Wort kommen können soll.
In der Praxis wurde das Verfahren in folgendes Ablaufschema weiterentwickelt (nach Kodelpeter, 2003):
1. Vorbereitungsphase 2. Einstiegs- und Orientierungsphase 3. Wahrnehmungsphase 4. Phantasiephase 5. Umsetzungsphase 6. Reflektion 7. Permanente Werkstatt
Anwendungsbeispiel:
1. Braunschweiger Forum, Zukunftswerkstatt vom 12.03.2005, www.bs-forum.de (Zugriff: 14.07.2007) 2. Leipzig-Grünau, (siehe Wiese-von Ofen, 2002, S. 45)
Weitere Informationen:
www.netzwerk-zukunft.de (Zugriff: 14.07.2007) www.ZWnetz.de (Zugriff: 14.07.2007) Bischoff, Selle, Sinning, 2005, S. 138-142; Baumann et al., 2004; Jasper et al., 2002, S. 24.
Vorteile:
Breit gefächerte Einsatzmöglichkeiten. Überschaubarer Aufwand: „Wenige zehntausend Euro“ (BBR, 2005, S. 114).
Nachteile:
Stellt hohe Ansprüche an die Moderation. Nach der „reinen Lehre“ ist nicht eine Veranstaltung ausreichend, sondern die Arbeit ist ausgerichtet auf Gruppen, die länger zusammenarbeiten.

Weitere Verfahren

Kurzbeschreibung:	
Aktion Ortsidee:	Eine Beteiligungsform, die im Rahmen der Dorfentwicklung entstand. Entscheidend für das Vorgehen und die Ergebnisse sind die Ideen der Bürgerinnen und Bürger und ihr Engagement. Sie sind die „Experten vor Ort“, die ihre spezifischen Kenntnisse einbringen und zur Gestaltung ihrer Umwelt beitragen.
Kurzbeschreibung:	
„Aufsuchende Arbeit“:	Hausbesuche: Quartiersmanager gehen durch ein Haus, stellen sich jedem Haushalt vor, stellen persönlichen Kontakt her, informieren und laden die Bewohnerschaft zur Mitarbeit ein → sehr zeitaufwändig. (siehe: Beer, 2003)
Kurzbeschreibung:	
Bürgerpanel:	Ein Bürgerpanel besteht im Wesentlichen aus einer regelmäßigen, das heißt ca. 3 – 4 mal jährlich stattfindenden, Befragung von BürgerInnen. Die Ergebnisse der Befragungen werden zeitnah an die Verfahrensbeteiligten rückgekoppelt. (siehe: Daramus, Klages, Masser, 2003, S. 83-89)
Kurzbeschreibung:	
Straßenmodell:	Es wird ein gegenständliches Modell einer Straße im Maßstab 1:25 gebaut. Alle Elemente des Modells (Fassaden, Möblierung, Bepflanzung etc.) sind beweglich. Mit dem Modell werden die BewohnerInnen der Straße angesprochen und anhand des Modells können sie ihre Vorstellungen –auch nonverbal- deutlich machen.
Kurzbeschreibung:	
Zielgruppenbeteiligung:	Artikulationsschwache Bevölkerungsgruppen (z.B. Migranten) werden durch speziell auf sie zugeschnittene Kommunikationsangebote in Planungsprozesse eingebunden. Dabei werden nach den besonderen Erfordernissen der jeweiligen Zielgruppe die unterschiedlichsten Beteiligungsformen, zumeist zeitlich begrenzt oder projektbezogen, angewandt (Bischoff et al., S. 161 ff.).

20

32

 Antrag

Die Einwohnerversammlung stellt den Antrag an die zuständigen Organe der Stadt Ahrensburg,

von der Verwaltung der Stadt Ahrensburg,

- ein Konzept für die von Frau Bürgermeisterin Pepper den Bürgern zugesagte Fortsetzung der Zukunftswerkstatt, in Kosten und Umsetzung vorzulegen, welches infolge zur kommenden EV vorgestellt und in den Haushalt 2011 eingeplant wird.
- Ebenso eine Konzeption mit Terminablauf für einen den Bürgern zugesagten Runden Tisch zur weiteren Aufarbeitung der Kernthemen aus der ZKW 2009

● ZKW Kernthemen I zum Antrag

- Kein überzogenes Wachstum, sondern eine Moderate Stadtentwicklung
- Keine vorrangige Außenausweitung der Bauflächen, sondern eine geplante Innenverdichtung
- Keine steigende Belastung durch den Innerörtlichen Verkehr, sondern ein Stadtbuskonzept zur verkehrlichen Entlastung Ahrensburgs
- Keine überregionalen Durchgangs- und Querverkehre, sondern eine Weiträumige Umfahrung Ahrensburgs
- Keine eigenen Verkehrskonzepte durchsetzen, sondern eine Regionale Konzeption mit den anliegenden Gemeinden und Hamburg entwickeln

Sachverhalt zum Einwohnerantrag

Um das Erfolgsrezept der ZKW fortzusetzen, möchte die Einwohnerversammlung die Stadtverordneten zu einem Dialog auf Augenhöhe mit den Bürgern aufrufen.

Wir möchten die Beschlüsse zu den Ergebnissen der Zukunftswerkstatt aus der Stadtverordnetenversammlung vom 13.07.2009, gemeinsam mit ihnen umsetzen.

Wir möchten **gemeinsam** an der **Weiterentwicklung** der verabschiedeten Beschlüsse mit den Stadtverordneten und der Verwaltung Arbeiten.

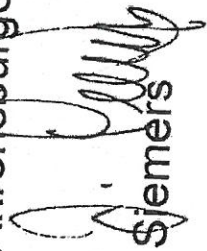
Grundlage für diese Weiterentwicklung ist die:

Aktualisierung des Leitbildes der Stadt Ahrensburg und die Erweiterung der strategischen Ziele durch die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt.

Dieses aus der Vorlage 2009/088 der STV vom 13.07.2009.

● ZKW Kernthemen II zum Antrag

- Kein unbedingter Vorrang für den KFZ Verkehr, sondern ein Zukunftskonzept für die Radwege Ahrensburgs entwickeln
- Keine Reduzierung der Ahrensburger Erholungsgebiete, sondern weitere Schaffung von Freizeiträumen
- Keine weitere Verringerung der Kulturräume unserer Stadt, sondern Schaffung eines Freizeit und Kulturzentrums unter Einbeziehung eines Bürgerhauses und Kinos z.B. am Lindenhof oder im Gewerbegebiet West
- Entwicklung eines Wohnbereiches (IKEA Jugend Wohnkonzept) für Ahrensburger Jugendliche


J. Siemers

PROTOKOLLAUSZUG

ÖFFENTLICH

Gremium: Hauptausschuss	Sitzung vom: 05.12.2011	Niederschrift zur Sitzung HA/11/2011
-----------------------------------	-----------------------------------	--

2011/097

8. Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung - Vorschlag zur Weiterführung der Bürgerbeteiligung

Die Tagesordnungspunkte 7 „Antrag der WAB – Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung AN 069/20011“ und 8 „Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung – Vorschlag zur Weiterführung der Bürgerbeteiligung Vorlagen-Nr. 2011/097“ werden zusammen beraten.

Ausschussmitglied Grassau weist darauf hin, dass die Kosten für die Durchführung einer quartiersbezogenen Zukunftswerkstatt im Haushalt eingestellt werden sollten.

Ausschussmitglied Möller fügt hinzu, dass es sich bei der Beschlussvorlage lediglich um ein Verständigungspapier zwischen Verwaltung und Selbstverwaltung über den Rahmen der Bürgerbeteiligung handelt. Im Einzelfall muss über die Art der Durchführung der Bürgerbeteiligung mit der Bereitstellung von Mitteln in den Gremien ein Beschluss gefasst werden.

Ausschussmitglied Grassau zieht anschließend den Antrag der WAB-Fraktion (AN/069/2011) über die Ausweisung der Kostennennung für die Durchführung einer quartiersbezogenen Zukunftswerkstatt zurück.

Anschließend stimmt der Hauptausschuss über den Beschlussvorschlag wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis:

**6 dafür
1 dagegen**